AFRIKA 04.11.2019 | Ulrich Thum & Bastian Schulz

Kampf der Elefanten

Die Konflikte zwischen Nigeria und Südafrika bedrohen die panafrikanische Integration. Die Eliten ignorieren die eigentlichen Probleme ihrer Länder.

Als Nigeria am 7. Juli das afrikanische Freihandelsabkommen African Continental Free Trade Agreement (AfCFTA) als 53. Staat unterzeichnete, war das ein wichtiger Schritt in einem weithin gepriesenen, aber auch heftig kritisierten neoliberalen Integrationsprojekt. Nur drei Wochen später erschütterten afrophobe Gewalttaten im südafrikanischen Wirtschaftszentrum Gauteng erneut die Prinzipien des Panafrikanismus, die der politischen Utopie einer kontinentalen Freihandelszone zugrunde liegen.

Angriffe auf afrikanische Einwanderer in Südafrika haben eine längere Geschichte. Die Unruhen, die Anfang September ihren Höhepunkt erreichten, waren die jüngsten in einer Reihe von zwölf Gewaltwellen, die sich seit dem Jahr 2000 gegen ausländische Staatsbürger richten und 150 Menschen das Leben kosteten. In Johannesburg wurden Hunderte Geschäfte von Nigerianern, Äthiopiern, Kongolesen, Simbabwern, Mosambikanern und anderen von gewalttätigen Mobs niedergebrannt und geplündert. Das alles unter dem Vorwand, dass Innenstädte von der Vorherrschaft der Ausländer und den illegalen Drogengeschäften der Einwanderer befreit werden müssten. Unverhältnismäßig viele Nigerianer werden dem Drogenhandel in südafrikanischen Metropolen zugerechnet.

Nach Jahrzehnten der Isolation unter der Apartheid und angesichts der hohen Arbeitslosigkeit sehen schwarze Südafrikaner ihre Lebensbedingungen im „neuen“ Südafrika kaum verbessert, denn sie haben immer noch keine Perspektiven und können ihre Familien nicht ernähren. So werfen die Einheimischen den Einwanderern aus anderen Teilen Afrikas vor, ihnen Jobs und Ressourcen streitig zu machen und kriminelle Netzwerke zu betreiben. Seit Ende der Apartheid zählt Südafrika zu den gefährlichsten Ländern der Welt mit den höchsten Verbrechensraten, es grassiert die Korruption, Recht und Ordnung werden nicht hinreichend durchgesetzt. Besonders afrikanische Migranten erhalten von den Sicherheitsbehörden so gut wie keinen

Schutz. Afrophobe Angriffe hängen demnach unmittelbar mit den sozioökonomischen Problemen zusammen, unter denen Millionen von Menschen in Südafrika leiden.

Afrophobe Angriffe hängen unmittelbar mit den sozioökonomischen Problemen zusammen, unter denen Millionen von Menschen in Südafrika leiden.

Zwischen 2016 und 2018 sollen mindestens 118 Nigerianer in Südafrika umgebracht worden sein. Einem UN-Bericht aus dem Jahr 2019 zufolge leben offiziell 27 327 Nigerianer im Land, wohingegen der nigerianische Außenminister Geoffrey Onyeama von bis zu 800 000 Menschen spricht. Diese Diskrepanz lässt darauf schließen, dass ungeheuer viele Nigerianer ohne Aufenthaltsgenehmigung in Südafrika leben und daher besonders leicht in die Schattenwirtschaft abdriften.

In der Vergangenheit waren die Beziehungen zwischen den beiden größten afrikanischen Volkswirtschaften von Kooperation, zunehmend aber auch Konkurrenz geprägt. Während der Militärherrschaft in Nigeria in den 1980er und 1990er Jahren waren die beiden Länder verfeindet, doch in den folgenden Jahren, zwischen 1999 und 2007, bauten sie über eine starke und vielversprechende diplomatische Zusammenarbeit Institutionen sowie Sicherheits- und Entwicklungsstrukturen in Afrika auf. Gemeinsam propagierten sie die Doktrin der Organisation für Afrikanische Einheit gegen Staatsstreiche in Afrika. Nach 2007 überlagerte jedoch die Konkurrenz um Positionen und Repräsentation in internationalen Foren diese gemeinsame Führung. Pretoria und Abuja gerieten wiederholt über die Einwanderungspolitik aneinander und überboten sich gegenseitig damit, Menschen Visa zu verweigern oder sie abzuschieben.

Wirtschaftlich stehen die beiden Länder in Konkurrenz miteinander. Während Nigeria 2014 Südafrika als größte Volkswirtschaft des Kontinents überholte, hat Südafrika, das viele seiner Waren und Dienstleistungen nach Nigeria exportiert, in der Handelsbilanz die Nase vorn. Aufgrund der strengen Regulierung konnte nur eine Handvoll nigerianischer Unternehmen in Südafrika Fuß fassen, während sich auf dem nigerianischen Markt mehr als 100 südafrikanische Firmen positioniert haben. So kontrolliert der Telekommunikationsriese MTN 65,3 Prozent des nigerianischen Marktes, und auch südafrikanische Banken und die Supermarktkette Shoprite haben im großen Stil investiert.

Diese Unternehmen sind in Nigeria das Gesicht Südafrikas, weil es dort keine größere südafrikanische Gemeinde gibt, und standen daher auch im

Visier der Vergeltungsmaßnahmen für die südafrikanischen Gewalttaten durch erboste Nigerianer. Niederlassungen und Filialen von MTN, Shoprite und dem Kabelfernsehsender MultiChoice wurden zeitweise geschlossen, einige geplündert, ehe die Polizei eingreifen konnte. Aus verschiedenen Teilen der Gesellschaft kamen Forderungen nach Boykottmaßnahmen, einer Entschuldigung, Entschädigung oder gar Verstaatlichung südafrikanischer Firmen. Die Wut, die sich aufgestaut hat in den Jahren, in denen es wiederholt zu Angriffen auf Nigerianer kam, hat sich im kollektiven Bewusstsein von Land und Volk verfestigt. Da Nigeria im Kampf gegen die Apartheid Solidarität mit den südafrikanischen Brüdern bewies und politisch und finanziell eine Schlüsselrolle spielte, sind die Menschen nun tief enttäuscht.

Die südafrikanische Regierung duldete stillschweigend xenophoben Populismus, gebot der Gewalt nicht rechtzeitig Einhalt und ging rechtlich nie gegen mutmaßliche Täter vor.

Diese Stimmung konnte nur aufkommen, weil es beide Regierungen an Engagement missen ließen. Die südafrikanische Regierung duldete stillschweigend xenophoben Populismus, gebot der Gewalt nicht rechtzeitig Einhalt und ging rechtlich nie gegen mutmaßliche Täter vor. Viele Nigerianer warfen auch ihrer eigenen Regierung vor, nicht entschieden gegen Misshandlung und Mord an ihren Landsleuten Stellung zu beziehen. Am Ende wurde sie doch noch aktiv: Wie andere afrikanische Nationen boykottierte Nigeria im September 2019 das Weltwirtschaftsforum in Kapstadt, schickte jedoch einen Sonderbotschafter und erklärte sich bereit, mit Pretoria an einer dauerhaften Lösung zu arbeiten, die allen Formen von Gewalt und Xenophobie ein Ende setzen soll. Etwa 600 Nigerianer wurden in die Heimat zurückgeführt, doch die beiden Regierungen schafften es nicht, die Wurzeln der Gewalt zu benennen und zu bekämpfen: die erbitterte Konkurrenz um Arbeit, verbunden mit Armut, Hoffnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit für Millionen überwiegend junger Leute.

Die jüngsten xenophoben Angriffe belegen, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verbessert werden müssen, um eine Zuspitzung zu verhindern und die Probleme zu lösen, aber auch, um panafrikanische Projekte wie AfCFTA voranzubringen. Der wachsende und langanhaltende Antagonismus ist als Externalisierung interner Probleme in beiden Ländern zu verstehen, deren Ursachen in fehlender Entwicklung, wachsender Armut und zunehmender sozialer

Ungleichheit liegen. Nationalistisches und isolationistisches Gebaren steht in vielen Ländern, nicht nur in Südafrika und Nigeria, der panafrikanischen Ausrichtung entgegen.

Die Polarisierung ist auch ein Beleg dafür, dass beide Länder von einer politischen Elite regiert werden, die unfähig und häufig nicht willens ist, Verantwortung für die Probleme ihres Landes zu übernehmen. Die Führung ist zunehmend abgekoppelt vom Volk und dessen Problemen und mehr am eigenen Überleben interessiert als an der Entwicklung des Landes.

Wenn sich die jeweiligen Regierungen und Eliten nicht mit ihren internen Problemen auseinandersetzen, wird das AfCFTA mit seiner neoliberalen Ausrichtung alles nur noch schlimmer machen.

Langfristig sieht das AfCFTA die Freizügigkeit von Personen und die Einrichtung einer visafreien Zone für die Mitgliedsländer sowie einen gemeinsamen Pass für die Afrikanische Union vor. Im Umfeld der aktuellen Spannungen ist solch ein panafrikanisches Projekt nicht sonderlich erfolgversprechend. Und wenn sich die jeweiligen Regierungen und Eliten nicht mit ihren internen Problemen auseinandersetzen, wenn sie Zivilgesellschaft, Arbeiterbewegungen und die ständig wachsende Schattenwirtschaft nicht in die Debatte über die nationale Entwicklung und die Verteilung von Wohlstand einbeziehen, wird das AfCFTA mit seiner neoliberalen Ausrichtung alles nur noch schlimmer machen. Kapitalstarke Konzerne werden sich weiter ausbreiten, die interkontinentale Migration in die Wirtschaftszentren und Megacitys wird zunehmen. Ohne Regulierung und Schutz werden die Ausbeutung der Ärmsten und der Konkurrenzkampf untereinander immer brutaler werden. Unter den am meisten Ausgebeuteten macht sich dann leicht eine nationalistische Gesinnung breit und Einwanderer werden zu Sündenböcken erklärt.

Aus dem Englischen von Anne Emmert.



Ulrich Thum
Abuja

Ulrich Thum leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Abuja, Nigeria. Zuvor war er als Programmkoordinator für den Zivilen Friedensdienst der GIZ in Simbabwe und als Friedensfachkraft für die AGEH im Südsudan und in Nigeria tätig.



Bastian Schulz
Nairobi

Bastian Schulz ist Büroleiter der FES in Kenia. Zuvor war er Direktor des FES Trade Union Competence Centre (TUCC) für Subsahara-Afrika mit Sitz in Johannesburg.

-